

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR GESUNDHEITSWESEN
DER MINISTER

Rathausstraße 3 17.7.90
Berlin
1020
Telefon XX 2341417

Minister
für Finanzen
Herrn Dr. Romberg

Leipziger Straße 5 - 7

Berlin

1 0 8 0

Sehr geehrter Herr Romberg!

Mit der Durchführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion seit dem 1. Juli 1990 wird immer deutlicher, daß die Finanzierung der gesundheitlichen Betreuungsleistungen erheblich gefährdet ist.

So treten gegenüber dem vorgesehenen Aufwandsniveau im Gesundheitswesen erhebliche Erhöhungen auf, die auf folgende Sachverhalte zurückzuführen sind:

1. Anstieg der Preise für Erzeugnisse des medizinischen Fachbedarfs und für Arzneimittel bei gleichzeitiger Sortimentserweiterung bei hochwertigen Erzeugnissen sowie Mehrwertsteuerauswirkungen
2. Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln und diätischen Erzeugnissen vor allem für die Versorgung von Patienten in Krankenhäusern und Kureinrichtungen
3. Wegfall der Subventionen bei Materialien und Fremdleistungen für private und konfessionelle ambulante und stationäre Gesundheitseinrichtungen

- 2 -

4. Erhöhung der lohnfondsabhängigen Versicherungsbeiträge

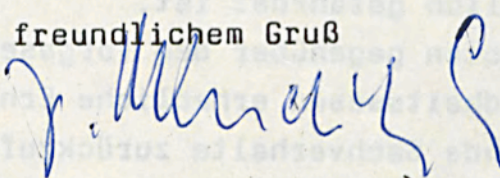
Nach einer ersten Einschätzung von seiten der Verwaltung der Sozialversicherung belaufen sich diese Mehraufwendungen im 2. Halbjahr 1990 auf 1.302 Mio DM (vgl. Anlage) wobei einige Mehraufwendungen derzeit noch nicht quantifizierbar sind.

Noch nicht enthalten sind in dieser Einschätzung die Auswirkungen aus der per 1. 7. 1990 vorgenommenen Erhöhung der Stipendien für die Studenten an den Medizinischen Fachschulen.

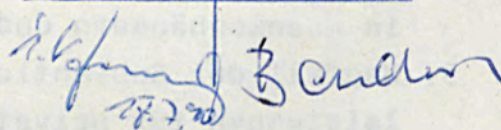
Ich bitte Sie um Unterstützung bei der kurzfristigen Lösung der Probleme.

Dabei bitte ich zu berücksichtigen, daß bereits am Beginn des Monats August 1990 die Liquidität der Krankenversicherung und der Gesundheitseinrichtungen nicht gesichert ist.

Mit freundlichem Gruß


Prof. Dr. sc. med. Kleditzsch

UA 13 | A 1


Hildegund Bander

24. Juli 1990

41417

Minister
für Finanzen
Herrn Dr. Romberg
Leipziger Straße 5/7
Berlin
1 0 8 0

Sehr geehrter Kollege Romberg!

Mit Schreiben vom 17.07.1990 informierte ich Sie über die Probleme bei der Finanzierung der Krankenversicherung und damit der gesundheitlichen Betreuungseinrichtungen im 2. Halbjahr 1990. Zwischenzeitlich wurde diese Problemstellung beim Bundesversicherungsamt unter Teilnahme von Mitarbeitern des Bundesministeriums für Finanzen, des Ministeriums der Finanzen und der Sozialversicherung der DDR beraten. Im Ergebnis dieser Beratung wurde u. a.

- "ins Auge gefaßt", im Monat August durch die Krankenversicherung keine Ausgaben zu tätigen;
- dem Ministerium für Gesundheitswesen empfohlen, die Problemstellung an das Bundesministerium für Finanzen heranzutragen (vgl. S. 3/4 des als Anlage beigefügten Protokolls).

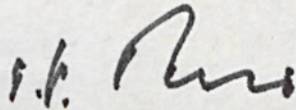
Ich halte eine solche Herangehensweise, welche die elementare Betreuungstätigkeit für das Leben und die Gesundheit der Bürger in den tausenden Gesundheitseinrichtungen im Monat August und den Folgemonaten gefährdet, für unverantwortlich.

Abgesehen von der Vielzahl von Problemen, die mit der kurzfristigen Herauslösung der staatlichen Gesundheitseinrichtungen aus dem Haushaltssystem per 01.07.1990 in Durchführung des Staatsvertrages verbunden sind, würde das Absetzen der

Finanzierung den endgültigen Kollaps für das Gesundheitswesen dieses Landes verursachen.

Ich bitte Sie dringend, zur Lösung dieses bedeutsamen Problems eine kurzfristige gemeinsame Beratung mit dem Bundesministerium für Finanzen unter Hinzuziehung des Bundesministeriums für Arbeit und des Ministeriums für Gesundheitswesen auf höchster Leitungsebene herbeizuführen.

Mit freundlichem Gruß



Prof. Dr. sc. med. Kleditzsch

Anlage